

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (bei Post 2 RM, halbjährlich 10 RM, jährlich 20 RM) durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Wittenbergplatz 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfachnummer Dresden Nr. 15 600, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schäftsstelle: Dresden-21, Wittenbergplatz 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die normal gefaltete Anzeigenzeile oder deren Raum 0,55 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM. Die Reflektierte einschließlich an den dreifachen Teil einer Zeile 1,50 RM. Einzelzeilen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Wittenbergplatz 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Druckkosten besteht kein Anspruch auf Freierum der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 28. März 1928

Nummer 75

Un den Pranger mit den AmnestieVERRÄTERN!

Die Fememord-Begünstiger der SPD verhindern die Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen

Die Geschichte der Schandpolitik der SPD-Führer gegen die Arbeiterklasse ist ein Ruhmesblatt reich. Die SPD-Reichstagsfraktion hat — und das zweifellos im Einverständnis mit ihrer Parteileitung, die seit geschloßener Reichstagsansitzung angehört — den Amnestie-Gesetzentwurf zum Scheitern gebracht.

Unter dem Druck der öffentlichen Meinung des ganzen Proletariats und zahlloser christlicher Sympathisierender aus den anderen werktätigen Schichten hatte sich der Abgeordnete Kohnke bekanntlich im Amnestieauschuss verpflichtet, einen Kompromißentwurf, der den proletarischen Gefangenen entweder die Freiheit oder wenigstens Erleichterungen bringen sollte, seiner Fraktion zur Annahme vorzulegen. Diese Fraktion aber wagt es, den Entwurf abzulehnen. Das wird nie vergessen werden!

Von den Tagen der Kasse-Schlächtereien bis auf unsere Zeit hat die Sozialdemokratie als Führerin der Gegenrevolution der Arbeiterklasse die blutigsten Wunden und die furchtbaren Schläge beigetragen. Auf ihr Konto fällt der Hauptanteil an der Verantwortlichkeit für zehn Jahre Waise, Fortschritt, Unterdrückung, Ausplünderung und jede Art von Fregung selbst des geltenden bürgerlichen Rechts und seiner kümmerlichen Freiheiten, aber in all den zehn Jahren Klassenverrat gibt es kaum einen Fall, der ähnlich aufreizend wirkt, wie dieser letzte Schandakt der Kasse-Partei. Durch die belohnte Kasse, in die die Deutschnationalen verlegt waren, die ihre fünf Fememörder freibringen wollen, heitend eine ganz außerordentliche parlamentarische Möglichkeit, 355 proletarische Gefangene, darunter unter Kasse und unter Kasse, entweder freizubekommen oder nach ihrer Lage ganz wesentlich zu verbessern. Aber die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die sogenannten „Arbeitervertreter“, durfte nicht zulassen, daß diese Möglichkeit ausgenutzt wird. Wenn das deutsche Proletariat, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter selbst auch nur einen Funken von Solidarität und Klassenbewußtsein noch haben, dann wird den Schandurkunden aus der Reichstagsfraktion, die zur den Amnestieentwurf gestimmt haben, der Streich teuer bezahlt werden. Kein sozialdemokratischer Abgeordneter darf in einer Verleumdung auftreten, sich vor den Proletariats zeigen; der türmliche Protest der Arbeiter muß ihn hinwegjagen.

Die kommunistische Partei fordert alle ihre Mitglieder, alle ihre Freunde auf, in jedem Bettel, in jeder Gewerkschaft, in jedem Arbeiterverein die Anhänger der Amnestieverräter und diese selbst, wenn sie sich zu zeigen wagen, zu hassen. Un den Pranger vor der ganzen proletarischen Öffentlichkeit die Klassenverräter!

Nach noch ungeheurerer wie der Beschluß ist die Verhandlung des Beschlusses. Der Vorwärts und die Dresdener Volkszeitung geben sie im Auftrag der Reichstagsfraktion. Sie werfen sich als Vertreter der Klasseninteressen und der Arbeiterklasse auf, die es nicht erlaube, daß mit den proletarischen Gefangenen die Fememörder Erleichterungen erreichen würden. „Die sozialdemokratische Partei verhaute sich selber die Möglichkeit, in Zukunft noch Möglichkeit der Verhaftung und milderer Justiz gegen rechts zu rügen, wenn sie die geringen Erfolge, die sie im Kampf für die Anwendung der Geleise auch nach rechts erzielt hatte, durch die Annahme eines solchen Antrages selber vernichten hat. Polizeibeamte, die sich weigerten, etwas gegen rechts zu verfahren, Richter, in deren Hand das Schwert des Rechts, sobald es gegen rechts geschwungen werden sollte, stumpf wurde — sie alle könnten sich dann darauf berufen, daß die Sozialdemokratie ja selber die bisher gegen rechts gefällten Urteile zu scharf befanden, gemildert habe.“ Der Vorwärts nennt die Fememörder Leute, die an Gemeinheit der Gesinnung, an weiblicher Rohheit bei Ausübung ihrer Taten und an Feigheit ihres Verhaltens vor Gericht das Menschenunwürdigste geleistet hatten, gegen sie gebe es keine Mitleid. So spricht die Partei des Kasse-Mords, so spricht die Partei der notorischen Fememörderbegünstigung in Oberdeutschland, die Schöpferin der aus 120 Mann unter ihrer Führung eingeleiteten „Spezialpolizei“ zur Bekämpfung von „Landesverrätern“. So spricht die Partei nicht nur der Inspiratoren, sondern auch der Helfers der Reichsgerichtsbank gegen die revolutionären Arbeiter. So spricht die Partei, deren Berliner Polizeipräsident die Aufhänger der Fememörder an Gäßchen und Wägen, bereits 1923 bekanntgemorden, 1925 im Auftrag Severings anordnete. So spricht die Partei, die durch Severing den Kasse-Mord freizubekommen und Fememörder Amnestieverbrecher sowie freies Wagnis mit Waffen zukommen ließ. So spricht die Partei, die, wie eine Denkschrift Kieders feststellt, aus Fememörder-Mitteln gekauft worden ist. So spricht die Partei, die im ganzen

Reiche, aber insbesondere in Preußen, mitverantwortlich ist für den Strafvolk mit terroristischen Mitteln gegen links und mit Glacéhandschuhen gegen rechts in der Justizhaus-Republik. Jawohl, die Schulz und Konforten gehören an die Wand gestellt. Aber wenn es darum geht, zu den anderen in der Republik frei herumlaufenden und in der Republik herrschenden Arbeitermördern noch fünf weiteren Verbrechern die Freiheit zu verschaffen, jedoch damit 355 geschundenen Opfern der Klassenjustiz die Freiheit zu verschaffen, dann gibt es für uns keine höhere Pflicht als die, zumutigen einem Amnestieantrag zur Befreiung unserer Opfer, auch wenn man nebenbei ein kleines Geschenk für die Deutschnationalen und ihre Fememörder mit in Kauf nehmen muß.

Der Gipfelpunkt der proproletarischen Frechheit der SPD-Fraktion ist aber noch nicht einmal dieser Teil der Begründung ihres Schandbrotchens. Der Gipfelpunkt ist vielmehr dies: die SPD-Fraktion magt es, den Arbeitern

nach alledem noch vorzureden, „sie will die Amnestie nach links... Die Sozialdemokratie wird bei den Wahlen dafür kämpfen, daß eine weitgehende Amnestie erlassen wird. Sie wird weiter eintreten für Gerechtigkeit und Menschlichkeit“. Die SPD-Propagandisten sollen es wagen, im Wahlkampf als Vorkämpfer der Amnestie aufzutreten. Ihnen wird heimgeschickt werden. Die Arbeiter werden ihnen zu versetzen geben, daß ihre republikanische Prinzipienreue darauf hinausläuft, den Fememördern etwas zu „verweigern“, was ihnen ohne die s o z i a l d e m o k r a t i s c h e Partei, aber damit den proletarischen Gefangenen zu nehmen, was sie unter ganz außerordentlichen Verhältnissen hätten erreichen können: die Befreiung aus den Justizhäusern der Ebert-Hindenburg-Republik.

355 proletarische Gefangene, 355 Opfer der Klassenjustiz, 355 Vorkämpfer unseres Befreiungskampfes müssen weiter geschunden werden, so wollte es die Reichstagsfraktion der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, darauf wird ihr die Antwort werden!

Triumph der Reaktion

Zur Haltung der SPD

Die bürgerliche Presse kann ihre Freude über die ablehnende Haltung der sozialdemokratischen Führer in der Amnestiefrage nicht verhehlen. Diese Freude wird auch dadurch nicht getrübt, daß bereit durch die ablehnende Haltung der Sozialdemokraten die Fememörder nach in Haft bleiben müssen. Weis doch die Reichspresse ganz genau, daß die Haft der Fememörder der für die Arbeiter eine sehr erträgliche ist, und die Fememörder aber für oder lang doch in Freiheit gesetzt werden. Viel wichtiger für die deutsche Reaktion ist die Tatsache, daß durch die verbrecherische Handlungswelle der SPD-Führer 355 proletarische politische Gefangene dazu verurteilt werden, daß weiterhin hinter den Justizhausmauern zu schmachten. Darum auch die Freude über die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion. Die Tägliche Rundschau schreibt dazu:

„Mit dieser Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion ist die Amnestieaktion, soweit der alte Reichstag noch in Frage kommt, endgültig begraben (1). Für den vorgelegten Entwurf ist keine Mehrheit zu gewinnen, nachdem die Sozialdemokraten es abgelehnt haben, dafür einzutreten. Der Rechtsanspruch wird also keine weitere Veranlassung mehr haben, sich mit der Frage zu beschäftigen.“

Für die Kommunisten ist dieser Ausgang von erheblicher Tragweite, da mehrere kommunistische Abgeordnete in den Antrag gegen die kommunistische Parteizentrale verwickelt sind und nach der Auflösung des Reichstages und dem Verlust ihrer Immunität sicher damit rechnen müssen, daß sie zur Verantwortung gezogen werden.“

Die Tägliche Rundschau spricht hier also offen aus, was wir schon oben betonten. Zugleich aber charakterisiert die folgende Ausfaltung dieses Wäntes die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die, wie bekannt, mit der Amnestie insofern ein Parteigebot machen will, als sie die Arbeiterpartei auf eine Amnestie nach den Wahlen verpflichtet, wenn die Sozialdemokratie wahrscheinlich in der Reichsregierung sitzen wird. Es soll dann eine „Amnestie von sozialdemokratischen Gnaden“ geben. Die Tägliche Rundschau schreibt:

„... Das Schicksal gerade dieser Männer (der Fememörder) wird hoffentlich den nächsten Reichstag sobald als möglich beschäftigen und ihm zu einer Entscheidung ihres Vorgesetzten Veranlassung geben.“

Das Organ der Volksparteiers Streikmann, das Organ jener Volkspartei, die hauptsächlich gemeinsam mit den Sozialdemokraten nach den Wahlen die große Koalition bilden wird, spricht hier also unerschrocken aus, daß sie gleich den Sozialdemokraten nach den Wahlen ein Parteigebot (aber aus alter Liebe zu ihren deutschnationalen Bürgerblockbrüdern) hinsichtlich der Begnadigung der Fememörder machen will. Die sozialdemokratischen Führer werden sich nach den Wahlen diesem Wunsch ihrer volksparteiischen Koalitionsgenossen nicht verschließen können und bei dem Erfolg einer Amnestie auch die Fememörder mit begnadigen müssen. Diese Tatsache erlaubt nochmals mit einem Schlage das ganze sozialdemokratische Gerbe darüber, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Augenblick deswegen nicht zustimmen könne, weil dann auch die Fememörder mit begnadigt werden müssen. Die Zustimmung für diese Freiwörter wird die Arbeiterpartei der SPD früher bei den Wahlen erteilen.

Die Bürgerblockregierung bleibt

Mit Hilfe der SPD reaktionäre Maßnahmen gegen die Arbeiter

Wie berichtet wird, wird die Bürgerblockregierung ihre Gesamtsitzung dem Reichspräsidenten nicht kurz nach der Auflösung des Reichstages, der Ende dieser Woche auseinandergeht, überreichen und dann bis zur Bildung der neuen Regierung als geschäftsführendes Kabinett im Amt bleiben, sondern die Bürgerblockregierung betrachtet sich, weil sie kein direktes Mißtrauensvotum erhalten hat, nach wie vor als rechtmäßige Regierung. Ihre Demission wird erst erfolgen, wenn der neu gewählte Reichstag versammelt ist, und dies wird voraussichtlich erst Ende Juli der Fall sein.

Sinter dieser unheimlichen Mitteilung verbirgt sich die Tatsache, daß die Bürgerblockregierung, der durch die Schuld der Sozialdemokraten und ihrer demokratischen und volksparteiischen Koalitionsgenossen kein Mißtrauensvotum ausgesprochen wurde, nach die gesamte Zeit zwischen der Auflösung des Reichstages und dem Wiederzusammentritt des neuen Reichstages im weitesten Maße zu reaktionären Maßnahmen gegenüber den werktätigen Massen auszuweichen wird. Hier ist vor allen Dingen zu nennen, daß die Bürgerblockregierung den gesamten Staatsapparat, der sich noch zum großen

Teile in den Händen ihrer Anhänger befindet, zur Wahlagitiation für die Bürgerblockparteien ausnutzen wird.

In einer Sitzung der Bürgerblockregierung, die heute stattfand, ist in diesem Zusammenhang zur Rolle des Rundfunkes in der Wahlagitiation Stellung genommen worden. Da hier angeblich „parteiliche Agitation“, also auch Wahlreden im Rundfunk verboten sind (natürlich nur für Kommunisten) hat die Bürgerblockregierung den Reichsfunkenminister beauftragt, sich mit den Parteien (natürlich werden die Kommunisten wieder ausgeschlossen werden) in Verbindung zu setzen, um eventuell zu einem Abkommens über die Ausnutzung des bestehenden Zustandes zu kommen.

Es kann kein Zweifel darüber herrschen, daß die gesamten Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen zu einer Einigung kommen werden. Aber selbst wenn diese nicht erfolgt, so kann die Arbeiterpartei überzeugt sein, daß der Rundfunk nach wie vor den bürgerlichen Parteien und auch den Sozialdemokraten zur Wahlagitiation zur Verfügung steht und man die kommunistische Partei dagegen inermäßig von der Benutzung des Rundfunks zur Wahlagitiation ausschließen wird.

Vertical list of small advertisements on the left margin, including names like 'WITZ', 'Schuster', 'Kaufmann', etc.